

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise: Herausforderungen für die Entwicklungspolitik

2009



VENRO-Positionspapier 2/2009

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise: Herausforderungen für die Entwicklungspolitik

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat gravierende Auswirkungen auf die Schwellen- und Entwicklungsländer und verlangt überzeugende Konzepte und Antworten von der Politik. Als Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Deutschland bewegt VENRO vor allem die Frage, welche Auswirkungen die Finanzkrise auf diese Länder und vor allem auf die in Armut lebenden Menschen hat. Bereits im November 2008 hat sich VENRO dazu in einer Erklärung geäußert. Inzwischen hat die Finanzkrise bereits die Realwirtschaft der meisten Entwicklungsländer erfasst. Dies macht es dringend erforderlich, dass die internationale Gemeinschaft am Ziel der Armutsbekämpfung festhält und ihren internationalen Verpflichtungen gerecht wird.

Die Krise des bestehenden Wirtschaftsmodells ist die Konsequenz der seit Jahren betriebenen Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik durch die internationalen Finanzinstitutionen und Industrieländer. Die Vorherrschaft dieses wirtschafts- und finanzpolitischen Leitbildes hat die unregulierte, gehebelte und verbrieftete Spekulation auf Währungen, Kredite, Immobilien, Rohstoffe, Nahrungsmittel und fallende Preise gefördert und damit die globale Finanzkrise ausgelöst. Die USA, die Europäische Union (EU), der Internationale Währungsfonds (IWF) und weitere 36 Staaten haben bislang infolge der globalen Finanzkrise rund 7.588 Milliarden Euro zur Rettung von Banken und zur Stützung der Wirtschaft ausgegeben. Diese Summe macht ein Vielfaches dessen aus, was dieselben Industriestaaten jährlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen. Es besteht die Gefahr, dass die im Zuge der Rettungspakete entstandenen Haushaltsbelastungen vor allem die Sozial- und Entwicklungsausgaben verdrängen.

Krise trifft besonders die Armen

Von den Auswirkungen der globalen Finanzkrise sind insbesondere die Armen in Entwicklungs- und Schwellenländern betroffen. Obwohl ihre Finanzmärkte nicht immer mit den Zentren der Finanzspekulation verkoppelt waren, sind auch die Entwicklungsländer von der Krise betroffen. Zahlreiche Banken und Investmentfonds haben ihr Kapital zur Sicherung der eigenen Liquidität zurückgerufen und Investitionen ausgesetzt. Zudem hat die Finanzkrise auch durch den Rückgang von Überweisungen von Migrantinnen und Migranten abnehmende Finanztransfers in Entwicklungsländer zur Folge. Der Einbruch der weltweiten Nachfrage nach Rohstoffen, Waren und Dienstleistungen der Entwicklungsländer und das Fluchtkapital der Eliten führen zu einem starken Defizit in der Kapital- und Leistungsbilanz der Entwicklungsländer. Dies verschlechtert die bereits prekäre Beschäftigungssituation in armen Ländern zusätzlich und führt zu größerer Armut. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) rechnet mit einem Anstieg der Arbeitslo-

sigkeit um bis zu 50 Millionen Menschen bis Ende 2009. Sie schätzt, dass die Anzahl arbeitender Menschen, die in extremer Armut leben, um 200 Millionen Menschen steigen wird.

Die Krise hat die Notwendigkeit einer seitens vieler Entwicklungsländer und der Zivilgesellschaft bereits lange geforderten Regulierung der Finanzmärkte und der Schaffung einer neuen Finanzarchitektur offensichtlich gemacht. Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb von Gesellschaften zwischen Arm und Reich müssen dabei auf der Tagesordnung stehen. Gemeinsam mit unseren Partnern in europäischen und weltweiten Netzwerken fordern wir als deutsche entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen, dass sich die Bundesregierung anhand der folgenden Kriterien für eine Reform der internationalen Finanzarchitektur, der globalen Regierungsführung und verstärkte Entwicklungszusammenarbeit einsetzt:

- **Multilateralismus:** Die Kooperation der G20 zur Lösung der ökonomischen Krise ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sind hier die Interessen der ärmsten Entwicklungsländer nicht ausreichend vertreten. Eine wirkungsvolle Vertretung der Niedrigeinkommensländer im G20-Prozess und eine enge Zusammenarbeit mit dem von der Generalversammlung der UN angestoßenen Konferenzprozess zur Lösung der Finanzkrise, sind unabdingbar. VENRO begrüßt es, wenn am Ende dieser Entwicklung ein UN-Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen steht, dem andere multilaterale Einrichtungen zugeordnet sind. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, dass das neu geschaffene Gremium mit ausreichenden Kompetenzen zur Lösung global relevanter wirtschaftlicher und sozialer Fragen ausgestattet wird.
- **Internationale Finanzinstitutionen:** Angesicht der völlig unzureichenden Repräsentation von Schwellen- und Entwicklungsländern steht die Legitimation internationaler Finanzinstitutionen in Frage. Die Bundesregierung sollte sich daher für eine grundlegende Reform von IWF und Weltbank einsetzen, die sowohl von einem Politikwechsel, als auch von einer Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen geprägt ist. Das Prinzip einer gleichberechtigten Mitsprache armer Länder muss auch die Reform der Internationalen Finanzinstitutionen leiten. Langfristig müssen der angestrebte UN-Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen und seine angeschlossenen internationalen Finanzinstitutionen, zu denen auch eine UN-Steuerorganisation gehören sollte, die Banken und Geldinstitute global regulieren und beaufsichtigen.
- **Wirtschaftspolitik und Handelssystem:** Die Bundesregierung muss sich für die Entwicklung einer offenen, regelgestützten und nicht diskriminierenden Wirtschafts- und Handelspolitik einsetzen. Expansive Wirtschaftsmaßnahmen in reichen Ländern können nicht auf Kos-

ten restriktiver Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern erkaufte werden. Breitenwirksames Wachstum in den Entwicklungsländern erfordert sichere Bedingungen für Investitionen, stabile Währungen, Schutz der eigenen Industrie- und Landwirtschaft sowie des nationalen Vermögens. Dies kann unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Bedingungen nicht garantiert werden.

- **Aufsicht:** Die Bundesregierung muss sich für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht einsetzen, die mit einem weltweit koordinierten, lückenlosen und transparenten Aufsichtsrahmen verbunden sein sollten. Das jetzige Forum für Finanzstabilität kann nur erste krisenlösende Schritte vorschlagen. Künftig sollten Zentralbanken und Finanzministerien aller Länder darin vertreten sein. Aufsichtsfunktionen über internationale Finanzflüsse müssen institutionell in einer Hand zusammengefasst werden. Das Bankgeheimnis gegenüber der Aufsicht muss aufgehoben werden.
- **Regulierung:** Die Finanzmärkte müssen zu ihrer Servicefunktion für die Finanzierung von Produktion und Handel zurückgeführt werden. Dabei müssen Finanzmärkte auch einen Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung leisten und dürfen nicht weltweite Asymmetrien zementieren. Jede wirtschaftliche Aktivität ist im Rahmen der Rechnungslegung der Akteure zu verantworten.
- **Währungen:** Industrie- und Schwellenländer tragen die Verantwortung für die Stabilität des internationalen Währungssystems. Für die Finanz- und Währungsstabilität von Entwicklungsländern ist eine Reform des gegenwärtigen internationalen Währungssystems notwendig. Diese muss weg von der einseitigen Dominanz des Dollars als Reservewährung hin zu einem multilateral gestützten multipolaren Währungssystem führen. Langfristig sollte eine Weltwährung unterstützt werden, um Wirtschaft und Beschäftigung vor Spannungen aus Spekulationen gegen Währungen zu schützen.
- **Steuerflucht und -hinterziehung:** Steueroasen und Offshore-Finanzzentren müssen trocken gelegt werden, damit die Steuer- und Kapitalflucht aus Entwicklungsländern sowie Geldwäsche und Korruption wirksam unterbunden wird. Schädlichem Steuerwettbewerb, Steuerflucht und Steuervermeidung muss wirksam und international koordiniert entgegen getreten werden. Zunächst sollten dazu Finanztransaktionen in Steueroasen streng reguliert werden, mittelfristig sollte eine internationale Steuerorganisation unter dem UN-Dach etabliert werden. Transnationale Konzerne müssen zudem ihre Bilanzen im jeweiligen Land steuerlich veranlagern (Anwendung des „Wohnsitzprinzips“) und durch länderbezogene Rechnungslegung vollständige Transparenz in Steuerfragen gewährleisten.
- **Entschuldung:** Schwellen- und Entwicklungsländern, die durch die Finanzkrise in Schwierigkeiten geraten, muss ein rascher und für Gläubiger und Schuldner fairer Ausweg ermöglicht werden. Unparteiische und rechtsstaatliche Verfahren bieten dafür die beste Gewähr. Wir fordern deshalb die Schaffung eines Internationalen Insolvenzverfahrens für überschuldete Staaten.

- **Entwicklungsfinanzierung:** Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise darf nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit gehen. Die Bundesregierung muss daher ebenso wie die anderen Mitgliedstaaten der EU zur Erfüllung des europäisch abgestimmten Stufenplans zur Erhöhung der Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2015 stehen. Es darf kein krisenbedingtes Absinken der ODA und keine Aufweichung der ODA-Definition etwa zur Einrechnung der Kosten von Bundeswehreinheiten im Ausland geben. Mit 100 Millionen Euro hat Deutschland rund 0,2 Prozent seines Konjunkturprogramms der Weltbank für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt. VENRO begrüßt diesen Schritt, hält allerdings eine weitere Erhöhung für geboten.

Budgethilfen können die rasche Verwendung der EZ-Mittel sicherstellen und sollten daher als Instrument stärker genutzt werden. Voraussetzung ist, dass die Prüfung der Bewirtschaftungssysteme und der Rechnungslegung durch Legislative und Exekutive geberseits zu einem positiven Ergebnis gelangt und von Seiten der Empfänger die demokratische Kontrolle sichergestellt sowie die Beteiligung der Zivilgesellschaft gewährleistet ist.

Zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel für die Armutsbekämpfung sollte zudem die international koordinierte Besteuerung von Währungs- und Finanztransaktionen realisiert werden.

Initiativen und Institutionen der Mikrofinanzierung können gerade in Krisenzeiten eine wichtige Rolle bei der Existenzsicherung von Kleinst- und Kleinunternehmen in Entwicklungsländern spielen. Sie müssen daher mit den Instrumenten der Entwicklungspolitik verstärkt gefördert und durch die Absicherung ihrer Risiken gestärkt werden.

- **Klimawandel:** Die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel ist keine Entwicklungshilfe, sondern Ausgleich seitens der Hauptverursacher des Klimawandels. Zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen, Klima- und Waldschutz sowie Technologiekooperation sollten unter anderem verstärkt die Erlöse aus der Auktionierung der Emissionszertifikate herangezogen werden. Bereits heute sollte über Mechanismen nachgedacht werden, die gewährleisten, dass diese Investitionen nicht zulasten der offiziellen Entwicklungshilfe gehen, sondern von den Industrieländern als Hauptverursacher des Klimawandels zusätzlich zum Emissionshandel und den zur Erfüllung des 0,7-Prozent-Ziels notwendigen Entwicklungshilfemitteln geleistet werden.

Die globale Krise bietet die Chance für eine grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Finanzordnung und ihre Ausrichtung an den Maßstäben einer wirtschaftlich stabilen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Als entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen fordern wir von der Bundesregierung, diese Chance zu nutzen.

VENRO e.V. ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs- Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Das Positionspapier wurde von der VENRO-Arbeitsgruppe Internationale Finanzinstitutionen (IFI) erstellt.

Impressum

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
(VENRO)
Kaiserstr. 201
53113 Bonn
Tel: 02 28 / 9 46 77-0
Fax: 02 28 / 9 46 77-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
Homepage: www.venro.org

Redaktion: Merle Bilinski (verantwortlich)

Endredaktion: Kirsten Prestin

Titelfoto: Pixelio/Jerzy**Layout:** Kava-Design, Bonn, www.kava-design.de**Bonn, März 2009**